

Anthony Bebbington*

Underground Political Ecologies**

Keywords: extractive industries, post-neoliberalism, socio-environmental conflict, state and social movements

Schlüsselwörter: Extraktive Industrien, Post-Neoliberalismus, sozio-ökologischer Konflikt, Staat und Soziale Bewegung

Im Folgenden möchte ich vor allem Fragen einer Politischen Ökologie der Bodenschätze diskutieren.¹ Ich werde Argumente dafür vorbringen, dass Bodenschätze ein bedeutsames Thema für das breite Feld der Politischen Ökologie darstellt, auch wenn die akademische Auseinandersetzung innerhalb der Politischen Ökologie erst spät die extraktiven Industrien ins Spiel brachte – auf jeden Fall später als AktivistInnen in ihren Netzwerken. Auf der Grundlage einer Diskussion der gegenwärtigen Muster der politischen Auseinandersetzungen und Lenkungsformen der extraktiven Industrien in Lateinamerika möchte ich betonen, dass eine Politische Ökologie der Bodenschätze wichtige Themen aufruft, die weit über die spezifischen Fragen der Gewinnung von Gas, Öl oder Mineralien hinausgehen. Hierbei dient mir das Beispiel der lateinamerikanischen Diskussion über die gegenwärtigen Prozesse in dieser Region auch dazu, die umfassende Relevanz der Bodenschätze für die Politische Ökologie herauszustellen. Ich möchte dabei darauf hinweisen, dass die Formen, in denen „post-neoliberale“ Regime Bodenschätze regulieren, überraschende Ähnlichkeiten mit den

* Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Artikels, der erstmals 2012 im *Geoforum*, Nr. 43, S. 1152-1162 unter dem Originaltitel „Underground political ecologies: The second Annual Lecture of the Cultural and Political Ecology Specialty Group of the Association of American Geographers“ erschien. Die Redaktion bedankt sich beim Verlag Elsevier für die Rechte zur Veröffentlichung der deutschen Übersetzung.

** Ich bin der *Cultural and Political Ecology Specialty Group* und ihrem damaligen Präsidenten Peter Walker dankbar für die Einladung, diesen Plenarvortrag vorzubereiten und für die Anregungen zum Text. Ich bedanke mich auch bei Gavin Bridge für sein Verständnis und seine Kommentare zu einer früheren Fassung, wie auch bei Jody Emel, Jim Murphy, Denise Humphreys Bebbington und zwei anonymen Gutachtern für Lektüre, Kommentare, Anregungen und Ermutigungen.

1 *Anm. d. Übers.:* Das englische „subsoil“ wird in der Regel übersetzt mit „Bodenschätze“, wobei die semantische Nähe zum Wort „underground“, das Bebbington im doppelten Sinn verwendet, verloren geht.

Strategien weitaus konservativerer Regime besitzen und dass sie in dieser Hinsicht merklich weniger „progressiv“ erscheinen, als dies die Etiketten „post-neoliberal“ oder „sozialistisch“ nahe zu legen scheinen, auch wenn sie in anderer Hinsicht alternative Formen der Regulierung der Rohstoffgewinnung hervorbringen. Umgekehrt verweist dies auf wichtige ursächliche Implikationen, die die Rohstoffindustrien für die Verhältnisse von Politik, Ökonomie, Natur und Gesellschaft zunehmend besitzen. Gleichzeitig verweisen die lateinamerikanischen Auseinandersetzungen auf die unzähligen Wege, auf denen politisch-ökologische AktivistInnen versuchen, die extraktiven Ökonomien zu restrukturieren, womit sie auch ihre eigene Bedeutung in einer weit gefassten Politischen Ökologie betonen.

Ich behaupte nicht, dass Bodenschätze *das*, oder zumindest *ein*, Hauptanliegen der VertreterInnen der Politischen Ökologie sein sollten, auch wenn dies für einen Teil zutreffen mag. Ich möchte jedoch die relativ geringe Sichtbarkeit von Mineralien, Öl und Gas in grundlegenden Texten der Politischen Ökologie hervorheben, die Gründe für diese Unsichtbarkeit reflektieren und auf die zentralen politischen, methodologischen und konzeptionellen Fragen im Zusammenhang von Bodenschätzen verweisen, die wichtige Konsequenzen für das Forschungsfeld haben. Ein engerer Austausch mit den AktivistInnen der Politischen Ökologie in unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen dürfte auch der akademischen Forschung Auftrieb verleihen und im Bereich der politischen Aktion das strategische Denken stärken. Mit diesem letzten Punkt möchte ich meine Ausführungen beginnen.

Der Untergrund taucht auf

Außerhalb der akademischen Debatten arbeitet eine Reihe von politischen ÖkologInnen in institutionellen Zusammenhängen, die der akademischen Öffentlichkeit leicht verborgen bleiben. Die Liste dieser politischen ÖkologInnen, die sich speziell mit Fragen der Bodenschätze befassen, ist lang. Sie enthält Namen von politisch aktiven VordenkerInnen, deren Netzwerke unter anderem die Organisationen von *Mining Watch*, *Oil Watch*, *Greengrants Fund*, *Friends of the Earth International*, *Oxfam America/International*, *Latin American Observatory for Mining Conflicts* durchziehen, und natürlich auch Organisationen von Bauern/Bäuerinnen und Indigenen sowie, vor allem in jüngerer Zeit, Organisationen, die sich mit Menschenrechten und Fragen der Umweltgerechtigkeit befassen. Auch wenn nicht so zahlreich, trifft man diese *underground political ecologists* auch in Teilen des Staatsapparats und progressiven religiösen Netzwerken, wie etwa dem der Jesuiten. Diese politischen ÖkologInnen betreiben Lobbyarbeit und organisieren die

Agenda für Entwürfe einer alternativen politisch-ökologischen Zukunft und schaffen so Wissen und Wege zur Politisierung der Umwelt. Dieses Wissen findet sich im alltäglichen Engagement und in den alltäglichen Kämpfen wie auch in Texten und Publikationen außerhalb des englischsprachigen Raums.

In den letzten zehn Jahren wurde ich zunehmend tiefer in diese sich überschneidenden Netzwerke eingebunden, vornehmlich solche mit Bezug zu Lateinamerika. Häufig nehmen diese Netzwerke nur geringe Notiz voneinander, teilen aber nach meiner Erfahrung in großem Maße die gleichen Überzeugungen. Die Art und Weise, wie diese Netzwerke durch Ideen, Wissen, Ansprüche, Bilder und Personen verknüpft sind, zeigt eine dezentrale Kollektivität, die Elemente und Prinzipien eines politischen und humanen Projekts mit Kritik, Widerstand und der Suche nach alternativen Wegen des Umgangs mit Bodenschätzen verbindet. Auch wenn sie kein identifizierbares und einheitliches Ganzes darstellen, bilden die vielen Menschen und Organisationen, an die ich hier denke, in der Tat ein lockeres Kollektiv, das sich einem breiteren politisch-ökologischen Projekt widmet.

Diese Netzwerke haben über lange Zeit meine Arbeit ermöglicht und sie zum Teil absichtlich, zum Teil unabsichtlich gelenkt. Seit Ende der 1990er Jahre haben viele der Personen, mit denen ich lange zusammengearbeitet habe, damit begonnen, die Auswirkungen der schnellen und aggressiven Expansion der extraktiven Industrien in Lateinamerika ernst zu nehmen.² Diese und andere Kolleginnen und Kollegen begannen mich von der Bedeutung der Problematik und Dringlichkeit zu überzeugen, die die Bergbauaktivitäten und die Erschließung und Förderung von Öl und Gas (zusammengefasst: die „extraktiven Industrien“) in sozialer und ökologischer Hinsicht besitzen. Aber auch in analytischer Perspektive sind sie zentral für die Beziehung zwischen Entwicklung und Demokratie in der Region.

Während diese Veränderungen in vielen Veröffentlichungen seit Anfang der 2000er Jahre sichtbar wurden, „verpassten“ die englischsprachigen Standardwerke der Politischen Ökologie die „Revolution“, um mich einer Wendung von Orin Starn (1991) zu bedienen. Dies hat sich in den letzten fünf Jahren dramatisch gewandelt. Das wachsende Interesse ist beeindruckend; trotzdem bleibt es dabei, dass dieser besondere Zug des Kapitalismus die „Station“ verlassen hat, während sich die VertreterInnen der Politischen Ökologie damit abhetzen ihn einzuholen. Bei der Mehrheit der an der Aufholjagd Beteiligten handelt es sich um jüngere, aufstrebende und anregende

2 Bebbington 2007; 2012; Bebbington & Bury 2013; de Echave 2008; de Echave u.a. 2009; Acosta u.a. 2009; Scurrah 2008.

Kräfte und der größte Teil ihrer Veröffentlichungen entspringt unmittelbar ihren Dissertationsprojekten.³

Diese Arbeiten sind äußerst willkommen, da Mineralien und Kohlenwasserstoffe konstitutiv für das Funktionieren des Kapitalismus (Huber 2009) sind: Als Teil des sozialen Lebens tragen sie zur Umgestaltung politischer Vorstellungswelten und von politischen Verhältnissen bei (Watts 2004; Perreault 2008; 2013). Vermutlich zum Teil wegen dieser Effekte rufen Kontrolle und Nutzung von Bodenschätzen tiefe Konflikte hervor und werden dadurch leicht zum Schauplatz einer „Doppelbewegung“ im Sinne Polanyis, „wo die Versuche, Umfang und Tiefe kapitalistischer Kommodifizierung zu erweitern, auf lautstarke (und auch gewaltsame) Formen des Widerstands treffen“ (Castree 2007: 27). Die extraktiven Industrien sind eingebettet in eine Serie von Lebenszyklen und globalen Zyklen, die von entscheidender Bedeutung für das Wohlergehen auf unserem Planeten sind. Der Kohlenstoff-Zyklus ist vermutlich der offenkundigste unter ihnen, trotz aller Komplikationen und Konstruktionen (Bridge 2010; Bridge & Le Billon 2012; Mannion 2006), jedoch sind mineralische und hydrologische Zyklen nicht weniger kritisch (Budds & Hinojosa 2012). So erhöhen in Regionen, in denen der Druck auf die Wasservorkommen bereits kontinuierlich steigt, bergbauliche Aktivitäten, die selbst äußerst wasserhungrig sind, diesen Druck in erheblichem Maße. Auch wurde mittlerweile der Abbau von Bodenschätzen als ein weiterer Faktor für das weltweite *land grabbing* identifiziert (Sibaud 2012).

Darüber hinaus ist die Politische Ökologie der Extraktion auch mit dem Wesen und den Bedingungen von Demokratie verbunden sowie allgemein mit den Schnittstellen von Staat, Gesellschaft und Ökonomie. Einige Deutungen dieser Beziehungen – etwa in der Literatur zum „Ressourcenfluch“ – verfolgen einen Katastrophendiskurs, da sie die Rohstoffextraktion mit Autoritarismus, Kleptokratie, Gewalt und Krieg in Verbindung bringen. Auch wenn es offenkundige Beispiele solcher pathologischen Zustände gibt, werde ich diese Richtung hier nicht verfolgen. Vielmehr möchte ich erkunden, auf welche Weise Rohstoffgewinnung in die Beziehungen von Politik und Ökonomie eingebettet werden kann, so dass sich im subnationalen wie im nationalen Maßstab Räume für Alternativen eröffnen.

Nach diesen einführenden Bemerkungen zur wachsenden Sichtbarkeit der Rohstoffextraktion innerhalb der Politischen Ökologie, möchte ich die weiteren Überlegungen in drei Schritte gliedern. Erstens werde ich mich

3 Vgl. Himley 2013; Bury 2004; 2005; Valdivia 2008; Horowitz 2010; Huber 2009; Moore & Velásquez 2013; Tschakert 2009; Hilson 2010; 2009; Maconachie & Hilson 2011; Maconachie 2011; Zalik 2009; Kaup 2008; Hindery 2004; Haarstad 2012; Damonte Valencia 2007; Budds 2010; Szablowski 2002; 2007; Bridge & Frederiksen 2012; Li 2009.

auf unsere Arbeit zu Süd- und Mittelamerika beziehen, in der wir die Wege reflektieren, in welche die gegenwärtige Ausweitung der Gewinnung von Rohstoffen von selbsternannten post-neoliberalen und relativ moderaten sozialdemokratischen Regierungen der Region gelenkt werden. Diese Muster von Ressourcenpolitik gewähren Einblicke in die aktuelle Politik und die Praktiken dieser Regierungen, in ihre politische und ökonomische Lebensfähigkeit und in ihre Fähigkeit, in sinnvoller Weise Alternativen zu entwerfen. Dabei sind optimistische Lesarten dieser neuen Regime sicherlich zu hinterfragen (Escobra 2010). In der Diskussion der Ansätze dieser Regime zur Rohstoffproblematik können einige politische Fragen der Makro-Ökonomie auf den Punkt gebracht werden, die eine Politische Ökologie der Bodenschätze berücksichtigen sollte. Die folgenden Ausführungen wechseln daher den Maßstab und erkunden die Wege, in der der „Neo-Extraktivismus“ erfahren und bekämpft wird. Dabei geht es auch um die verschiedenartigen Formen, in denen Rohstoffgewinnung sich mit territorialen Dynamiken, den unsicheren Lebensgrundlagen und der „Soziologie des Risikos“ überlagert. Hierbei möchte ich erkunden, wie sich diese Schnittpunkte mit unterschiedlichen Formen von Konflikten, Mobilisierungen und Auseinandersetzungen überlagern.

Die politische Regulierung des „Neo-Extraktivismus“ in Lateinamerika

Zu den bemerkenswertesten Zügen der Investitionen in die extraktiven Industrien nach 1990 gehört ihre Geschwindigkeit und die Leichtigkeit, mit der sie neue physische und sozio-politische Räume durchdringen konnten. Die Reichweite und Geschwindigkeit dieses außergewöhnlich aggressiven Prozesses von Kommodifizierung haben wir bereits an anderer Stelle dokumentiert (Bebbington 2012; Bebbington & Bury 2013), sodass ich mich hier auf zwei weitere Themen konzentrieren kann: die Art und Weise, wie diese Expansion AktivistInnen wie AkademikerInnen überraschen konnte, und die Formen, in der sie eine Reihe von Gegenbewegungen ins Leben rief, von denen einige Aussichten auf Alternativen der Demokratisierung bieten, während andere sich als wenig inspirierend erwiesen. Ich werde zunächst Erfahrungen aus Mittelamerika diskutieren und mich dann der Anden-Region zuwenden.

Mittelamerikanische Herausforderungen

Zwischen 2005 und 2007 waren wir zusammen mit der *Ford Foundation* an einem Projekt mit acht nichtstaatlichen Forschungszentren beteiligt, die sich

mit Fragen zu Umwelt und Entwicklung beschäftigen. TeilnehmerInnen aus diesen Zentren kamen für eine Reihe von Seminaren und Diskussionen an die University von Manchester. Im Laufe dieser Seminare wurde verschiedentlich das Thema der extraktiven Industrien berührt. In einem Seminar berichtete Gavin Bridge den TeilnehmerInnen, er den Eindruck habe, dass Mittelamerika und Mexiko bedeutende Investitionen in die extraktive Industrie – besonders in den Bergbau – bevorstünden; die kommende Investitionswelle werde vermutlich auch die Forschungs- und Unterstützungsarbeit der Zentren betreffen. Alle waren jedoch der Meinung, diesen Investitionen werde im Vergleich zu denen in Land- und Forstwirtschaft sowie im Bereich der Ökosystemdienstleistungen nur eine geringe Bedeutung zukommen. Besonders die ForscherInnen aus El Salvador waren hartnäckig der Auffassung, dass dieses Thema für ihr Land mehr oder weniger irrelevant sei.

Im Jahr 2011 waren zumindest vier dieser Zentren mit Bergbau als politischem wie analytischem Problem befasst. Dies galt besonders für El Salvador. In den vorausgegangenen sechs „kurzen“ Jahren war die *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN) an die Regierung gekommen⁴, und der Direktor jener Forschungs-NGO war zum Umweltminister ernannt worden.⁵ Zu den schwierigsten Aufgaben in seinem Bereich gehörte die Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Handel in einem Prozess, der zu einer neuen nationalen Begbaupolitik führen sollte, und das in einem Kontext, in dem eine Reihe sozialer Bewegungen und ihrer Organisationen ein regelrechtes Verbot der Bergbauaktivitäten forderten, während Teile der Wirtschaftselite ein Wachstum dieses Sektors erwarteten.⁶

Was jedoch erklärt dieses unerwartete politische Interesse am Bergbau? Seit den politischen Reformen der 1990er Jahre hatten Bergbauunternehmen begonnen, geologische Erkundungen in El Salvador durchzuführen. Dabei operierten sie unter dem Schirm der organisierten Zivilgesellschaft und der Universitäten. Um 2005 begannen die Aktivitäten mehrerer Unternehmen ernsthafte soziale Konflikte hervorzurufen, ohne dass die kritische Forschung diese Veränderungen wirklich aufgegriffen hatte. Um das Jahr 2008 spitzten sich die Konflikte jedoch derart zu, dass selbst die unternehmerfreundliche

4 Während des Bürgerkriegs in den 1980er Jahren kämpfte die FMLN als eine von Kuba inspirierte Guerilla-Bewegung und verwandelte sich nach dem Friedensschluss in eine politische Partei, die die Kluft zwischen ihrem sozialdemokratischen und ihren radikaleren Flügeln überspannte.

5 Er und eine Anzahl weiterer Berater, die aus der Welt der NGOs und der Parteiarbeit in das Ministerium gewechselt waren, gehören zu jenen Aktivisten der Politischen Ökologie, die ich in der Einleitung erwähnt habe.

6 Zu diesen Organisationen gehörten NGOs wie *CEICOM* und *ADES*, die *Mesa Nacional frente a la Minería Metalica* und *Radio Victoria*.

Regierung der ARENA ein de facto Moratorium über Bergbauaktivitäten verhängte. Als die FMLN an die Regierung kam, erbt sie dieses Moratorium zusammen mit dem Drängen der Bewegungen, das Moratorium in ein Gesetz zu gießen. Jedoch erbt die FMLN auch die Nebenprodukte des Moratoriums. Um 2009 nutzen zwei Unternehmen, deren Projekte gestoppt worden waren, Bestimmungen des Freihandelsabkommens zwischen der USA und Mittelamerika (CAFTA-DR), um von der Regierung El Salvadors die Erstattung aller Auslagen bis zu diesem Zeitpunkt zu fordern, ebenso Entschädigungen für die in der Zukunft entgangenen Profite und die Verluste durch den Fall der Aktienkurse (nicht zu reden von den Kosten der juristischen Intervention). Während einer dieser Fälle im Jahr 2011 fallengelassen wurde, wird der andere weiter vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) verhandelt.

Die FMLN Regierung – und ihr Umweltminister – sind gefangen zwischen dem Druck von zwei Seiten: Die organisierten sozialen Bewegungen sind zusammen mit Parlamentariern und Teilen der FMLN-Basis nicht wirklich glücklich darüber, dass eine Regierung, die deutlich links von der Mitte steht, nicht ein für alle Male den Bergbau in Hartgestein verbietet. Sie setzen die Regierung unter Druck, mit dem Verbot des Bergbaus ein Wahlversprechen einzulösen. Zur gleichen Zeit fühlt die Regierung den Druck, der von den Haushaltszwängen ausgeht. Auf der einen Seite fragen sich Regierungsangehörige, ob der Bergbau Einkünfte aus den *Royalties* für Regierungsprogramme schaffen kann, während sie und andere zugleich befürchten, dass das ICSID Gründe findet, um Strafen in Höhe von mehreren Hundertmillionen US-Dollar zu verhängen. Das würde die Tür für eine Flut von juristischen Verfahren von Seiten weiterer Unternehmen öffnen, besonders dann, wenn das Moratorium in ein Gesetz umgewandelt wird. Die Regierung verfolgte bislang die Strategie, auf Zeit zu spielen und eine Strategische Umweltprüfung (*Strategic Environment Assessment* – SEA) für den Bergbau durchzuführen, um auf deren Basis die Politik neu auszurichten. Dabei rechnet man sich aus, dass eine restriktive Politik gegenüber dem Bergbau, die durch ein unabhängiges Umweltgutachten gestützt wird, größeren rechtlichen Schutz vor künftigen Klagen von Unternehmen bietet, die bereits Konzessionen besitzen oder Explorationen durchgeführt haben.⁷

Wie auch immer der Prozess ausgeht, stellt er eine Herausforderung für die Souveränität von El Salvador und die Stärke seiner Demokratie dar. Wenn

7 Aus Gründen der Transparenz möchte ich anmerken, dass ich als Vorsitzender eines Technischen Komitees, bestehend aus vier Mitgliedern, das die Erstellung des Gutachtens beobachtete und direkt dem Wirtschaftsminister und dem Umweltminister berichtete, in diesen Prozess involviert war.

die Regierung vollständig dem Druck der Bewegungen nachgibt, riskiert sie, dass ihre souveränen Entscheidungen vom ICSID unterlaufen werden und sie mit einem Haushalt dastehen wird, der ernsthaft durch die auferlegten Bußen belastet ist. Auf der anderen Seite wird es, wenn sie das Moratorium für den Bergbau aufhebt, so aussehen, als habe sie vor dem internationalen Kapital kapituliert und die Bedenken der organisierten sozialen Bewegungen und Graswurzelgruppen innerhalb der FMLN, die einen wichtigen Teil der politischen Basis der Regierung bilden, in den Wind geschrieben. In jedem Fall wird das Ergebnis die Legitimität der FMLN-Regierung wie auch der Wahlen bedrohen, was sich negativ auf institutionelle und politische Veränderungen im Kontext der transnationalen Herausforderungen der Souveränität auswirken dürfte.

In dieser Situation legte die Regierung einen Gesetzesentwurf als Kompromissvorschlag vor. Dieser sieht eine Suspendierung auf Zeit für alle den Bergbau betreffenden, administrativen Maßnahmen vor und friert damit den Sektor so lange ein, bis eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist. Für einige AktivistInnen sind diese Bedingungen jedoch nicht ausreichend, während sie für Teile der Zentralregierung das Äußerste darstellen, bis zu dem zu gehen sie aus legalen und politischen Gründen bereit ist. Das Gesetz wurde dem Parlament vorgelegt und während die Unterstützung für seine Verabschiedung zeitweilig ausreichend erschien, steckt das Gesetz nun in der Umweltkommission in einer Warteschleife fest und es fehlt offenkundig an Unterstützung, um es voranzubringen.

In vielerlei Hinsicht reflektieren diese Erfahrungen die praktischen Probleme im Verhältnis von Natur und Gesellschaft, die von AktivistInnen und TheoretikerInnen bearbeitet werden, die sich der Politischen Ökologie zurechnen und sich zwischen konzeptionellen Diskussionen, den Herausforderungen der politischen Praxis und der Formulierung politischer Strategien hin und her bewegen. Die Erfahrungen zeigen, wie die aktuelle oder vorgestellte Ausbeutung des Erduntergrunds rapide politisch-ökonomische Veränderungen hervorrufen kann, durch die die extraktiven Industrien Teil der tagtäglichen Politik werden und eine Vielzahl von politischen Dilemmata aufwerfen (vgl. Warnaars 2013). Die Erfahrungen belegen, dass die nationalen wie internationalen Forschungsgruppen vollständig vom politisch-ökologischen Wandel überrascht wurden. Schließlich weisen sie auf die bedeutsamen Konsequenzen hin, die die Expansion der extraktiven Industrien für die Staatsbildung und die Konsolidierung der Demokratie zeitigen können.

Das Thema des folgenden Abschnitts ist die Natur der Beziehungen zwischen Extraktivismus und politischen Regimen sowie die Reichweite

der verschiedenen Formen, in denen die extraktive Ökonomie von solchen Regierungen behandelt wird, die sich für deutlich linker als ihren Vorgängerinnen halten. Die FMLN in El Salvador ist eine solche Regierung. Ich werde diese Regime als „post-neoliberal“ und mit Bezug auf das 21. Jahrhundert als „post-sozialistisch“ („21st century post-socialist“) bezeichnen und damit Etiketten verwenden, die sich diese Regierungen selbst geben. Damit behaupte ich nicht, dass die Regierungen von Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Venezuela, El Salvador oder auch von Brasilien notwendigerweise als „post-neoliberal“ zu verstehen sind. Aber in welcher Weise unterscheiden sich diese Regierungen von den deutlich konservativeren in Peru, Kolumbien, Panama oder Guatemala? Wirft die Art und Weise, in der sie mit den extraktiven Industrien umgehen, ein Licht auf Differenzen bzw. Gemeinsamkeiten? Können die Dynamiken der extraktiven Industrie zur Erklärung von Mustern der Konvergenz bzw. Divergenz zwischen den Regimen beitragen?

Südamerikanische Konvergenzen

Zu den bemerkenswertesten Merkmalen des Rohstoffbooms in Südamerika gehört die Konvergenz zwischen ausgesprochen neoliberalen Regierungen, z.B. in Kolumbien oder Peru (bis mindestens 2011) und den ausdrücklich „post-neoliberalen“ (Bolivien, Ecuador), die sich in der Art und Weise zeigt, wie sie die Ausweitung der extraktiven Industrien angehen und die damit verbundenen Konflikte zu meistern suchen.

Allgemein kann man eine Annäherung der Zentralregierungen quer durch die Region verspüren, die die Rohstoffextraktion als Mittel der Einkommensgenerierung für Investitionen in Sozialpolitik und Infrastruktur benutzen. Zur gleichen Zeit versuchen diese Regierungen die Hindernisse für eine Ausweitung solcher Investitionen zu „managen“, sei es durch die Beschneidung von Rechten auf vorherige Konsultation oder durch die Einschränkung von Umweltmonitorings. Als Teil dieser Politik haben alle Regierungen, angefangen von Morales' „Regierung der sozialen Bewegungen“ bis zur Regierung Uribe mit ihrem fragwürdigen Ruf im Bereich der Menschenrechte, damit begonnen, die sozialen Bewegungen und NGOs zu beschimpfen, die die Weisheit ihrer Politik in Frage gestellt und Zweifel an den positiven Entwicklungseffekten einer Förderung des extraktiven Sektors geäußert hatten. Dieser Politikstil hatte zentralisierende Wirkungen und gab nationalen Projekten den Vorrang vor den Anliegen subnationaler Regierungen und den Bemühungen indigener Gruppen, territoriale Ansprüche und Forderungen nach Autonomie durchzusetzen. Auf die Frage nach den

Konsequenzen für die Staatsbildung und die demokratische Konsolidierung zurückkommend lässt sich festhalten, dass die Expansion der extraktiven Industrien in den letzten Jahren stärker populistische als partizipative Formen der Demokratie gefördert und nach Jahren des Experimentierens zur Rezentralisierung der staatlichen Autorität beigetragen hat.

Mit der Feststellung solcher Konvergenzen riskiert man jedoch eine Verkürzung der Diskussion, da hierdurch ein ressourcenbasierter Determinismus befördert werden könnte, durch den die Ökonomie der Extraktion als treibende Kraft hinter Politikformierung und Regierungsweisen erscheinen könnte. Das ist nicht meine Absicht. Noch teile ich die Idee, dass die Ressourcenpolitik in den vier genannten Ländern die gleiche sei. Insbesondere Ecuador und Bolivien haben sich stärker gegenüber Staatseigentum und einem Ressourcennationalismus verpflichtet gezeigt, auch wenn es Staatseigentum im Kohlenwasserstoffsektor sowohl in Kolumbien wie in Peru gibt. Jedoch: es gibt tatsächlich Konvergenzen sowohl in den Antworten der Regierungen auf Proteste und Forderungen nach Beachtung der Menschenrechte und der indigenen Rechte in Gebieten, in denen Rohstoffe gefördert werden, wie auch in den breiteren Überlegungen zu den Beziehungen zwischen dem Rohstoffsektor und der Makroökonomie des Landes. In diesem Sinne werfen die genannten Erfahrungen ein Licht auf den möglichen Ertrag einer Analyse der Ko-Produktionen „des Ökonomischen“, „des Politischen“ und „des Ökologischen“ im nationalen wie international vergleichenden Maßstab wie auch in den lokalen Räumen, denen die Politische Ökologie stärkere Aufmerksamkeit zollt. Die Auseinandersetzung mit regimebezogenen Fragen trägt analytische Bedeutung, ist aber auch unverzichtbar für das Denken in Alternativen. Nach Carlos Monge vom Revenue Watch Institute (Peru) sind alle Bemühungen, die sich auf lokale Alternativen konzentrieren, aber nicht in der Lage sind, eine nationale „post-extraktive“ Ökonomie ins Auge zu fassen, die ähnliche fiskalische Einkünfte erzeugen kann wie die Rohstoffextraktion, zum Scheitern verurteilt (persönliche Mitteilung).

Neo-Extraktivismus: Erfahrungen und Widerstand

Die oben genannten Typen politischer Steuerung der Extraktion waren durchaus erfolgreich – im eigenen Sinne. Das Interesse an der Rohstoffausbeutung und die Investitionen in diesen Sektor sind dramatisch angewachsen. Zwischen 2002 und 2009 wuchs in Kolumbien die Fläche, für die Bergbaulizenzen vergeben wurden, von 1,05 Mio. Hektar auf 4,77 Mio. Hektar (Rudas 2011). In Peru nahm die Fläche mit Lizenzen für den Abbau von Kohlenwasserstoffen im Amazonasbecken zwischen 2004 und 2008 von

14 auf 72 Prozent zu (Finer u.a. 2008). In Bolivien hat sich die Ausbeutung von Kohlenwasserstoffen auf bisher nicht betroffene Regionen ausgedehnt.

Erfahrungen mit Extraktivismus

Als Antwort auf diese sich ausweitende Grenze – sowohl was die Konzessionen wie auch den tatsächlichen Abbau angeht – wurde ein neues Arbeitsgebiet von NGOs und Forschungs-Aktivistinnen „entdeckt“: die Verwendung von GIS und anderen visuellen Techniken als Analyse- wie als Mobilisierungsinstrumente (vgl. McCusker & Weiner 2003). Allein in der Andenregion sind eine Reihe von Organisationen aktive Nutzer von GIS, z.B. *Cooperación* (Peru), das *Instituto del Bien Común* (Peru), *Acción Ecológica* (Ecuador) und *Tierra* (Bolivien). Der Ansatz hat sich als höchst effektiv für das erwiesen, was sich als politisch-ökologisches Lobbying beschreiben lässt. Karten mit Konzessionen und Bergwerken spielen eine wichtige Rolle in der Informationspolitik und haben Themen wie Landnutzung und Umwelt in die öffentliche Debatte um die Planung extraktivistischer Aktivitäten eingeführt.

Dabei ist die genaue Bedeutung der Karten jedoch umstritten. KritikerInnen betonen, dass sie das Ausmaß der Extraktionen auf lokaler Ebene stark übertreiben würden, da lediglich ein sehr geringer Anteil der konzessionierten Gebiete tatsächlich in Minen oder Schächte verwandelt werde. Der damalige Regierungschef, der für die Vergabe von Konzessionen in Peru verantwortlich war, ging so weit zu behaupten, dass die NGO *Cooperación* nicht nur für derartige Übertreibungen verantwortlich sei, sondern auch Unruhen angezettelt habe, da die konzessionierten Gebiete auf den Karten rot markiert worden seien. Diese Anschuldigungen mögen zwar absurd erscheinen, weisen aber auf ein tatsächliches Problem hin: Wie sind diese Landkarten zu interpretieren, die zeigen, dass weite Teile des Landes für Bergbau und den Abbau von Kohlenwasserstoffen konzessioniert wurden (Finer u.a. 2008)? Wir selbst sind zu dem Schluss gekommen, dass diese Karten vor allem Karten der Unsicherheit, des Risikos, der Vorhersage und der Bedrohung darstellen, sowohl der subjektiv empfundenen wie der objektiv vorhandenen. Konzessionen⁸ geben ihren Besitzern das Recht, die Bodenschätze innerhalb des konzessionierten Gebiets auszubeuten, auch wenn dies nicht das Recht der Landnutzung einschließt. Angesichts der

8 Konzessionen sind artifizielle Systeme des Besitzes von Ressourcen unter der Erdoberfläche. In dieser Region sind die Ressourcen unter der Erdoberfläche alleiniger Besitz der Nation und werden vom Staat und der jeweiligen Regierung treuhänderisch verwaltet. Auf Anfrage vergibt der Staat Konzessionen an private Akteure oder Staatsbetriebe, direkt oder durch öffentliche Auktionen.

Tatsache, dass diese Konzessionen ohne vorherige Konsultationen mit den Bewohnern dieser Ländereien vergeben werden⁹, erfahren die Betroffenen häufig erstmals von ihnen, wenn Fremde vor Ort auftauchen, die Land kaufen möchten, Wegerechte verhandeln, mit Erschließungsmaßnahmen oder vorbereitenden Untersuchungen beginnen. Lobbyarbeit, die Konflikte an anderen Orten und die Netzwerke zwischen lokalen Organisationen und NGOs haben wesentlich dazu beigetragen, dass sich lokale Bevölkerungsgruppen zunehmend der Veränderungen bewusst werden, die von einer Mine oder einem Öl- oder Gasfeld ausgehen, sei es hinsichtlich der landschaftlichen Veränderungen, des sozio-kulturellen Wandels, der Wassernutzung und der möglichen Umweltschädigungen, aber auch der mit den Investitionen verbundenen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Konzessionen zeichnen in sehr unterschiedlicher Weise neue zukünftige Unsicherheiten in die Karten ein: Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Enteignungen wie auf neue Chancen.

Werden erst einmal Bodenschätze gefunden, gibt es durchaus einsichtige Gründe dafür, sich eine Zukunft des wirtschaftlichen Überflusses vorzustellen. Die lokalen Ökonomien einiger Gemeinden werden transformiert und es gibt nachweislich größere ökonomische Möglichkeiten aufgrund der Präsenz einer Mine und der Nachfrage nach Arbeit und Dienstleistungen. Gelegenheiten können sich auch in neuen Formen von Patronage und Schenkungen bieten. So hat etwa der Betreiber einer geplanten Mine in der Region Cajamarca in Peru, *Anglo American Michiquillay*, einen Sozialfonds in Höhe von mehr als 200 Mio. US\$ für zwei (wenn auch große) Gemeinden eingerichtet. Hauptsächlich werden solche Transfers in Gemeindebudgets und ein Großteil der Investitionen in Infrastruktur seitens regionaler Regierungen aus Steuern auf den Bergbau gespeist. In einigen Fällen *kann* [kursiv im Original] die „Unsicherheit“, die von Förderaktivitäten ausgeht, nennenswerte ökonomische Entwicklung und Armutsminderung bedeuten, auch wenn die Beweise nicht eindeutig sind. Während einige Studien (Lardé u.a. 2008) und aggregierte Daten aus Bolivien und Venezuela positive Auswirkungen auf Armut nahe legen, weisen ökonometrische und deskriptive Analysen aus Peru darauf hin, dass die Bergbaurenten nur einen geringen oder keinen sig-

9 Dies hat sich zu einem besonders heiklen Thema in den Verhandlungen zwischen indigenen Gemeinden und den Staaten entwickelt, die die ILO-Konvention Nr. 169 zu indigenen Völkern unterschrieben haben. Diese Regierungen sind nämlich verpflichtet indigene Gemeinden zu konsultieren, bevor sie Projekte oder Investitionen genehmigen, die rechtlich anerkannte indigene Gebiete betreffen. Selbst in Ländern wie Ecuador und Bolivien, in denen die Regierungen vordergründig sensibler mit diesen Angelegenheiten umgehen, werden derartige Konsultationsprozesse erst dann durchgeführt, wenn Konzessionen bereits verteilt und Verträge unterzeichnet wurden.

nifikanten Effekt auf Wohlfahrt und Armut haben (Arellano-Yanguas 2011; 2012; de Echave & Torres 2005).

Welche Unsicherheiten auch immer mit ihr verbunden sein mögen, welche Entwicklungen die extraktivistische Wirtschaft mit sich bringen mag, eine Sache ist sicher: Sobald ihre Aktivitäten erschöpft sind, wird die Frage: „Was nun?“ zentrale Bedeutung erhalten. Für einige Territorien, die nach den 1970er Jahren ausgebeutet wurden, scheint diese Zukunft bereits nah. Man kann hier bereits Versuche beobachten, Identitäten neu zu entwerfen, Betriebe in langwierige Rechtsstreitigkeiten über den Abzug zu verwickeln. Teilweise kommt es auch ganz einfach zu wirtschaftlicher Stagnation (so etwa in Erdölregionen im Nordosten Ecuadors). Die Fragen der „Post-Extraktion“ sind in den meisten Analysen bisher noch ungeklärt, jedoch im Endeffekt ein entscheidendes Thema.¹⁰

Widerstand gegen Extraktivismus

Alle diese Unsicherheiten sind Folgen anhaltender und massiver „Versuche der Ausdehnung der Reichweite und Tiefe kapitalistischer Kommodifizierung“ (Castree 2007: 27) und wurden von ausgedehnten sozialen Konflikten begleitet. Die für soziale Konflikte zuständige Einheit des Menschenrechts-Ombudsmanns in Peru berichtet, dass ca. 50 % der sozialen Konflikte in diesem Land mit Umweltfragen im Kontext extraktiver Industrien zusammenhängen. Sie umfassen u.a. Konflikte um Versuche, neue Minen, Schächte oder Pipelines zu errichten, solche, die von bereits etablierten Unternehmen ausgingen, und andere um das Management und die Verwendung von Steuern und Lizenzeinnahmen aus der Rohstoffausbeutung.¹¹ Auch wenn die Zahlen in anderen Ländern nicht ganz so dramatisch sein mögen, zeichnet sich der extraktive Sektor insbesondere in Bolivien aber auch anderswo durch wachsende Konflikte aus.¹² Diese Konflikte haben interessante und wichtige Forschungen zu umstrittenen Politiken des Extraktivismus hervorgerufen. Ein Ergebnis unserer Arbeiten ist jedoch, dass nicht alle Gegenbewegungen

10 Die Phase des „Post-Extraktivismus“ kann natürlich beständig hinausgezögert werden, wenn technologischer Wandel und sich verändernde Konsummuster neue Ressourcen als Objekte der Extraktion schaffen oder die Grenzen für wirtschaftlich sinnvolle Extraktion weiter hinaus und in die Tiefe verschieben. Es gibt jedoch keine Garantie hierfür, dass dies tatsächlich zutrifft. (Ich danke einem anonymen Leser für diesen Hinweis.)

11 Siehe hierzu die folgende Internetseite: <http://www.defensoria.gob.pe/conflictos-sociales/>

12 Vgl. zu Bolivien: Humphreys Bebbington & Bebbington 2010; Perreault 2008; zu Ecuador: Moore & Velásquez 2012; 2013; Acosta 2009; zu El Salvador: Cartagena Cruz 2009; zu Argentinien: Svampa & Antonelli 2009; zu Guatemala: Zarsky & Stanley 2011; zu Mexiko: Garibay u.a. 2011.

auch den Konflikt suchen. Der Fokus auf subalterne Kämpfe und Proteste liefert nur partielle Ansichten von der „Doppelbewegung“, die mit der Ausdehnung der Rohstoffgewinnung verbunden sind. Im Folgenden werde ich verschiedene Felder darstellen, in denen Gegenbewegungen für uns sichtbar werden. Dies soll *nicht* heißen, dass Gegenbewegungen in diesen Feldern immer sichtbar *sind*, aber dass sie es durchaus werden *können*.

Das offensichtlichste Feld der Gegenbewegung ist das der konfliktiven Politiken. Für diese Form der Auseinandersetzung gibt es zahlreiche Belege in ganz Süd- und Zentralamerika, typischerweise sind indigene oder kleinbäuerliche Bevölkerungsgruppen beteiligt, in einigen der wichtigsten Fälle auch städtische und großbäuerliche Bevölkerungsteile, die sich Sorgen um Wasserversorgung und -verschmutzung machen. Diese Bewegungen konzentrieren sich vor allem auf Fragen der Enteignung (von Land, Wasser, Gebieten und Tauschgütern) und lassen diese häufig als inakzeptabel erscheinen. Auch wenn man die Narrative von territorialer Autonomie, indigener Autochthonie und „alternativen Entwicklungskonzepten“ solcher Gruppen nicht in jedem Fall wörtlich nehmen und diese ohne weiteres als Demokratie fördernde Akteure einstufen sollte (Watts & McCarthy 1997), bleiben sie dennoch Bewegungen, die sich gegen die wachsende Kommodifizierung und die Transformationsprozesse wehren, die von der extraktiven Wirtschaft ausgehen. Derartige subalterne Akteure der Politischen Ökologie des Untergrunds wurden wohl von den akademischen VertreterInnen der Politischen Ökologie am häufigsten untersucht. Gegenbewegungen gibt es jedoch auch im Staat, in der Zentralregierung, auf der Ebene der lokalen Regierungen, im Gerichtswesen und der Presse. In keinem Fall sind diese dominant (deshalb sind sie ja „gegen“), aber sie erinnern uns an die Möglichkeit, dass derartige Prozesse auch in Institutionen entstehen können, die sonst leicht als monolithisch oder als Verkörperungen von (neoliberaler) Hegemonie behandelt werden. Im Folgenden seien einige Beispiele aus dem staatlichen Bereich und aus dem Rechtswesen angeführt.

Innerhalb der staatlichen Strukturen haben sich einige Büros von Ombudsmännern für Menschenrechte zu den bedeutendsten institutionellen Orten für Gegenbewegungen entwickelt. So waren etwa die *Defensoría del Pueblo* in Peru und die *Procuraduría* in El Salvador besonders durchsetzungsfähig, wenn es um Fragen von Enteignung im Zuge der Ausdehnung extraktiver Industrien ging, insbesondere wenn es um die Enteignung von verfassungsrechtlich garantierten zivilen, Umwelt- und sozio-ökonomischen Rechten ging. Die *Defensoría* in Peru spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung eines Gesetzes, das die Konsultation von indigenen Völkern zwingend vorschreibt. Das Gesetz wurde schließlich 2011 verabschiedet.

Die *Defensoría* wird von AktivistInnen in vielen Hinsichten als Verbündete angesehen, auch wenn jene stets darauf bedacht ist, ihre Autonomie zu wahren und bisweilen Ansichten ausdrückt, die sich von denen der Bewegungen unterscheiden (Bebbington u.a. 2011; Pegram 2008).

Die Büros von Ombudsmännern sind in der Lage diese aktive und kritische Rolle einzunehmen, da sie von der Exekutive unabhängig und stattdessen dem Kongress gegenüber verantwortlich sind, d.h. einen konstitutionellen Status besitzen, der ihnen eine gewisse Autonomie und die Fähigkeit verleiht, rechtliche Veränderungen vorzuschlagen (wenn auch nicht durchzusetzen). Dennoch waren die Ombudsmänner und ihre subnationalen Büros in einigen Ländern durchsetzungsfähiger als in anderen (wie sich insbesondere an Bolivien zeigt). Dies legt nahe, dass neben der konstitutionellen Verankerung noch andere Faktoren wichtig sind. Im peruanischen Fall waren z.B. auch Führungsqualitäten und die personelle Ausstattung wichtig für die Ausrichtung der *Defensoría del Pueblo*. Das Amt hat das Interesse einer neuen Generation von RechtsanwältInnen geweckt, die sich den Menschenrechten und der Rechtsstaatlichkeit besonders verpflichtet fühlen.

Demgegenüber ist der Spielraum für Gegenbewegungen in Ministerien geringer. Ein Hinweis hierfür ist die kurze Verweildauer jener MinisterInnen oder VizeministerInnen in ihren Ämtern, die politisch-ökologischen Bewegungen entstammen. Kompliziert gestaltete sich das Verbleiben im Amt auch deshalb, da einige dieser Personen keine Erfahrungen im Bereich öffentlicher Verwaltungen und politischer Grabenkämpfe besaßen. Dennoch zeigt die Tatsache, dass diese Akteure solche Ämter überhaupt übernahmen, den Versuch, Regierungspositionen als Vehikel für Gegenbewegungen zu nutzen. Und gelegentlich können solche Anstrengungen auch langfristiger Natur sein. Die Erfahrungen in El Salvador, auf die ich bereits hingewiesen habe, sind in dieser Hinsicht signifikant. Vier Jahre nach der Regierungübernahme der FMLN zeigt sich das Team im Umweltministerium erstaunlich stabil und verfolgt eine Politik der Stärkung von Regulationen im Umweltbereich und ihrer Verbindung mit Staatsbürgerrechten. Im besonderen Fall von extraktiven Industrien hat das Ministerium dauerhaft eine harte Linie eingenommen. Ähnliche Initiativen sind auch auf der Ebene subnationaler Regierungen zu beobachten. In dem Maße, in dem subnationale Regierungen für zivilgesellschaftliche Organisationen besser zugänglich sind, was Wahlen wie Ernennungen von Amtsträgern aus der Welt der lokalen NGOs angeht, wächst die Anzahl von Gegeninitiativen auf dieser Ebene. Diese Initiativen schlossen die strategische Nutzung von lokalen Verordnungen ein, die Schaffung von Naturschutzgebieten auf Gemeindeebene, lokale Landnutzungsplanungen in Bezug auf ökologisch-ökonomische Zonierungen;

all dies darauf ausgerichtet, die Ausdehnung der Grenzen der Extraktion politisch zu kontrollieren, um negative ökologische und soziale Folgen zu verringern. Auch wenn die Durchschlagskraft derartiger Initiativen durch die beschränkten Befugnisse subnationaler Regierungen geschwächt wird, gibt es doch eindeutige Beispiele, wo derartige Initiativen zu einer Verlangsamung oder Neueregulierung der Ausdehnung der Grenzen der Extraktion geführt haben.¹³

Ein viertes Feld für Gegenbewegungen, das höhere Aufmerksamkeit verdient, als es bisher erhält, ist das des Rechts und des juristischen Personals. Obwohl sich die Politische Ökologie zunehmend für das Rechtssystem interessiert (vgl. McCarthy 2007), fehlt nach wie vor eine genauere Auseinandersetzung mit der Rolle, die Netzwerke von Anwälten und die legalen Praktiken bei der Förderung von Reformprozessen gespielt haben, die zur Ausdehnung der extraktiven Industrie, aber auch zur Kontrolle der Expansion beigetragen haben. Das Verfassungsgericht von Kolumbien stellt eines der beachtlichsten Beispiele dar, das aufzeigt, welche Rolle die Justiz spielen kann, um den Extraktivismus zu bremsen. In einer Phase autoritären Neoliberalismus unter der Präsidentschaft von Alvaro Uribe (2002-2010) förderte die Zentralregierung die großräumige extraktive Ökonomie aktiv, insbesondere in den Bereichen des Bergbaus, der Kohlenwasserstoffe und des Palmöls. Dieser Prozess war begleitet von Reformen der rechtlichen Bestimmungen im Bergbausektor, die die territorialen Rechte der indigenen Bevölkerung ebenso schwächten wie die Rechte der ArbeiterInnen im Kleinstbergbau. In der Folgezeit kam es zu einer Ausweitung des von Bergbaukonzessionen betroffenen Landes und einem Überlappen von Konzessionen mit anderen Titeln und Rechten auf Land. Dieser Prozess wird im Kontext des Nationalen Entwicklungsplans (2010-2014) der gegenwärtigen Regierung von Juan Manuel Santos fortgeführt, die den Bergbau zur Hauptantriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums erklärt hat.

Die Ironie (oder der Widerspruch) dieser Vorgänge in Kolumbien liegt darin, dass dies alles zur gleichen Zeit stattfand, als sich „Kolumbien rühmte, weltweit einen der progressivsten rechtlichen Rahmen für den Schutz ethnischer Rechte zu besitzen“ (NSI 2011). Zu diesem Rahmen gehören die Verfassung von 1991, das Gesetz 70 von 1993 (das die Rechte und angestammten Territorien der ursprünglich aus Afrika stammenden

13 Beispiele umfassen u.a. den Rückzug eines Bergbaubetriebs aus Tambogrande, Peru (Haarstad & Fløysand, 2007; de Echave u.a. 2009); die Verlangsamung und die Neugestaltung von Bergbauprojekten im Hochland von Piura (Bebbington 2012; Bebbington u.a. 2008); das Moratorium für Bergbauaktivitäten in Esquel, Argentinien, und den Gebrauch von Volksabstimmungen und anderen Instrumenten, um wichtige Fragen der Regulierung des Bergbausektors in Kolumbien auf die politische Agenda zu bringen.

Bevölkerungsgruppen, gemeinsam mit dem Recht auf vorherige Konsultation und auf die Erschließung und Ausbeutung der mineralischen Ressourcen auf ihren Territorien beinhaltet) und das Dekret 1320 von 1998, das die Regeln für vorherige Konsultationen festlegt. Inzwischen hat eine Entscheidung des Verfassungsgerichts von 2010 (T-1045A) die Voraussetzungen für freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Bergbauprojekten auf den Gebieten der afro-kolumbianischen Bevölkerung festgelegt, ebenso für Pläne, die Grundrechte dieser Bevölkerungsgruppen für den Fall zu schützen, dass derartige Projekte auch durchgeführt werden. Die weitreichende – und in einigen Fällen verfassungsrechtlich abgesicherte – Natur dieser Verfügungen bedeutet, dass diese nicht einfach als „green-washing“ der nationalen Politik abgetan werden können. Sie scheinen eher Formen von regulatorischen Doppelbewegungen zu reflektieren, wie man sie erwarten würde, wenn man Polanyis Argumentation ernst nimmt.

Extraktion verhandeln

Natürlich lassen sich viele Bewegungen gegen den Extraktivismus nicht einfach auf Auseinandersetzungen zwischen GegnerInnen und BefürworterInnen oder zwischen denen, die Risiken, und denen, die Chancen sehen, reduzieren. Viele Prozesse beinhalten eher Formen von ausgehandelter Bricolage, wie sie beispielsweise von früheren Arbeiten über bäuerliche Politiken und technisches Wissen treffend herausgearbeitet wurden (Batterbury 2001; Long & Long 1992).

Auf der lokalen und der subnationalen Ebene zeichnet sich aufgrund von Erfahrungen in Nordamerika und Australasien bereits deutlich ab, dass einige indigene und lokale Bevölkerungsgruppen zu dem Schluss gekommen sind, dass der Kontakt mit der extraktiven Industrie als Mittel dienen kann, um andere Projekte in die Wege zu leiten, insbesondere zum lokalen wirtschaftlichen Wiederaufbau, der Wiedererlangung der territorialen Kontrolle und der Wiederherstellung von Identitäten. Ähnliches lässt sich auch in Lateinamerika beobachten, wo einige indigene Bevölkerungsgruppen den Kontakt mit der extraktiven Ökonomie suchen, nicht nur aus dem sehr pragmatischen Grund, sich hierdurch Vorteile zu verschaffen, sondern auch um zu sehen, inwieweit die extraktive Wirtschaft als ein Mittel genutzt werden kann, um die eigenen Territorien zu stärken. Angesichts eines gewissen Faustischen Pakts, der bei diesen Verhandlungen mitschwingt, und angesichts der gewaltigen Machtasymmetrien, die hier zum Ausdruck kommen, ist es derzeit noch offen, inwiefern dies gangbare Strategien sind. Dennoch sollten diese und ähnliche Erfahrungen anderer lokaler Bevölkerungsgruppen und

subnationalen Regierungen gründlich analysiert werden. Derartige Untersuchungen würden nicht nur politische Strategien sichtbar machen, sondern auch die Beziehungen zwischen Ressourcenextraktion und *möglichen* politischen Ausdrucksformen, die noch im Entstehen sind.

Darüber hinaus verdient die Bewegung in Lateinamerika, die sich im Kontext des Übergangs zu post-extraktivistischen Ökonomien herausbildet, größere Aufmerksamkeit. Deren Narrative bewegen sich auf einer grundsätzlich anderen Ebene. Das Ziel ist es, Vorstellungen von post-extraktivistischen Ökonomien zu entwerfen und umzusetzen, die nicht länger darauf angewiesen sind, Mineralien und Kohlenwasserstoffe an die Oberfläche zu bringen (Alayza & Gudynas 2011). Diese Übergänge bedürfen einer sorgfältig durchdachten Auseinandersetzung mit dem Extraktivismus, da dieser Übergang nicht von einem Tag auf den anderen stattfinden wird und frühe Phasen des Übergangs weiterhin auf Einnahmen aus extraktiven Industrien beruhen werden.

Schlussfolgerungen

Die Bedeutung des „Untergrunds“ *sollte nicht* unterschätzt und *kann* zugleich nicht überschätzt werden. Dies soll nicht heißen, dass der Untergrund und seine Schätze der einzige, oder gar vorrangige Untersuchungsgegenstand der Politischen Ökologie sein sollte. Ich möchte lediglich betonen, dass er bislang in den Publikationen der Politischen Ökologie nicht hinreichend berücksichtigt wurde. Die Kontrolle der Bodenschätze diente als Grundlage für das Anwachsen immenser Macht, sowohl national wie international. Diese Macht wird am deutlichsten von den Unternehmen verkörpert, die die Bergbau- und Energiewirtschaft dominieren. Sie spielt jedoch auch eine wichtige und konstitutive Rolle in vielen Feldern des transnationalen, nationalen und alltäglichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Vielleicht ist es diese Omnipräsenz, die die Bedeutung der Bodenschätze zu groß macht, um sie in den Griff zu bekommen, oder zu banal, um sie zu erkennen. Wie auch immer, die Bedeutung der Bodenschätze wäre dann nicht so verschieden von Themen wie Nahrungsmittel oder Wald, denen in Arbeiten aus dem Feld der Politischen Ökologie wesentlich mehr Interesse eingeräumt wurden. Ich schließe diesen Essay mit dem Vorschlag, dem Thema der Bodenschätze ähnliche Aufmerksamkeit zu widmen. Jeder Versuch in diese Richtung muss auf den Erkenntnissen aufbauen (und diese nicht lediglich neu erfinden), die in anderen Feldern und Disziplinen, jenseits der Geographie und Anthropologie (die beiden, die ich in dieser Diskussion am häufigsten zitiert habe) bereits generiert wurden.

Wenn die Annahme einer bemerkenswerten Konvergenz zwischen post-neoliberalen und neoliberalen Regierungen hinsichtlich ihrer Bemühungen, extraktive Industrien auszubauen, und ihrer Bereitschaft, Rechtsansprüche bezüglich territorialer und ökologischer Fragen hierfür zu opfern, richtig ist, hat dies weitreichende Implikationen. Denn dann stellen die von den Regierungen Boliviens und Ecuadors (und in jedem Fall Perus und Kolumbiens) verfolgten Entwicklungsansätze keine wirklichen Alternativen – etwa im Sinne Arturo Escobars (2008; 2010) – zu bestehenden Extraktionsmodellen dar, mögen diese Regierungen auch noch so sehr Ressourcennationalismus und staatlichen Besitz betonen. Dies mag natürlich auch darin begründet liegen, dass derartige post-neoliberalen Experimente per Definition auf einem Terrain stattfinden, das bereits zutiefst neoliberal geprägt ist, was die Handlungsfähigkeit dieser Regierungen limitiert (Kaup 2010). Zukünftige Handlungsoptionen sind umso stärker begrenzt, je mehr die vorherige Abhängigkeit von extraktiven Industrien Pfadabhängigkeiten begründet (Auty 2001). Unabhängig von dieser Bewertung ist klar, dass die Beziehungen zwischen den gegenwärtigen ressourcenbasierten Modellen ökonomischer und sozialer Entwicklung, von Staatsentwicklung und Formen der Demokratie Raum für kritische und kreative Analysen bieten.

Auch wenn es leicht ist, in Pessimismus zu verfallen, zeigen die Gegenbewegungen, die ich kurz skizziert habe, dass es viele mutige AkteurInnen gibt, die damit beschäftigt sind, Elemente alternativer Ansätze zum Extraktivismus zu entwickeln, die mehr Raum für Rechte und für die Unversehrtheit der Umwelt bieten: egal, ob es sich um Landnutzungspläne, Reformen von Verfassungsprinzipien oder die moralische Sanktionierung einer Behörde handelt, die Bürgerrechte eingeschränkt hat. Diese AkteurInnen arbeiten häufig in Netzwerken und stellen, in einem breiten Sinn, Kollektive dar. Anders ausgedrückt, diese Konstruktionsprozesse sind eine Form von *networked, underground regional political ecology*, von der die akademische Politische Ökologie (bewusst oder unbewusst) ein Teil ist – aber nur einer (vgl. Rocheleau & Roth 2007; Birkenholtz 2011). Dies weist auf den breiteren Rahmen einer Politischen Ökologie hin, die sich die Ko-Produktion unterschiedlicher und letztendlich gegenhegemonialer Gesellschaft-Natur-Entwürfe in Form von „Alternativen“ zur Aufgabe gemacht hat. Wenn der gegenwärtige Kapitalismus durch die Verknüpfung der Bodenschätze mit spezifischen Netzwerken von Macht, Wissen und Technologie ermöglicht wird, dann können alternative Formen der Aneignung der Schätze im Untergrund und ihrer Beziehungen zum Leben an der Oberfläche nur durch andere Netzwerke von Macht, Wissen und Technologie geschaffen werden. Dies ist

das umfassendere Vorhaben einer „Politischen Ökologie des Untergrunds“, das von einzelnen AkademikerInnen nicht bearbeitet werden kann.

Aus dem Englischen übersetzt von Ingrid Wehr und Hanns Wienold

Literatur

- Acosta, Alberto (2009): *La Maldición de la Abundancia*. Quito.
- Acosta, Alberto; Jürgen Schuldt; Alberto Barandiaran; Anthony Bebbington; Mauricio Folchi; CEDLA – Bolivia; Alejandra Alayza & Eduardo Gudynas (2009): *Extractivismo, Política y Sociedad*. Quito.
- Alayza, Alejandra, & Eduardo Gudynas (2011) (Hg.): *Transiciones, post-extractivismo y alternativas al extractivismo en el Perú*. Lima.
- Arellano-Yanguas, Javier (2011): „Aggravating the Resource Curse. Decentralisation, Mining and Conflict in Peru“. In: *Journal of Development Studies*, Bd. 47, Nr. 4, S. 617–638.
- Arellano-Yanguas, Javier (2012): „Mining and Conflict in Peru. Sowing the Minerals, Reaping a Hail of Stones“. In: Bebbington 2012, S. 89–111.
- Auty, Richard M. (2001): *Resource Abundance and Economic Development*. Oxford.
- Batterbury, Simon (2001): „Landscapes of Diversity. A Local Political Ecology of Livelihood Diversification in South-Western Niger“. In: *Ecumene*, Bd. 8, Nr. 4, S. 437–464.
- Bebbington, Anthony (2007) (Hg.): *Minería, movimientos sociales y respuestas campesinas. Una ecología política de transformaciones territoriales*. Lima.
- Bebbington, Anthony (2012) (Hg.): *Social Conflict, Economic Development and the Extractive Industries. Evidence from South America*. London.
- Bebbington, Anthony, & Jeffrey Bury (2013) (Hg.): *Subterranean Struggles. New Geographies of Extractive Industries in Latin America*. Austin, TX.
- Bebbington, Anthony; Denise Humphreys Bebbington; Jeffrey Bury; Jeannet Lingán; Juan Pablo Muñoz & Martin Scurrah (2008): „Mining and Social Movements. Struggles over Livelihood and Rural Territorial Development in the Andes“. In: *World Development*, Bd. 36, Nr. 12, S. 2888–2905.
- Bebbington, Anthony; Claudia Bielich & Martin Scurrah (2011): *Los Movimientos Sociales y la Política de la Pobreza en el Perú*. Lima.
- Birkenholtz, Trevor (2011): *Network Political Ecology. Method and Theory in Climate Change Vulnerability and Adaptation Research*. Progress in Human Geography. doi 10.1177/0309132511421532.
- Bridge, Gavin (2010): *Resource Geographies I. Making Carbon Economies, Old and New*. Progress in Human Geography.
- Bridge, Gavin, & Tomas Frederiksen (2012): „‘Order out of Chaos’. Resources, Hazards and the Production of a Tin-Mining Economy in Northern Nigeria in the early 20th Century“. In: *Environment and History*, Bd. 18, Nr. 3, S. 367–394.
- Bridge, Gavin, & Philippe Le Billon (2012): *Oil*. Cambridge.
- Budds, Jessica (2010): „Water Rights, Mining and Indigenous Groups in Chile’s Atacama“. In: Boelens, Rutgerd; David Getches & Armando Guevara-Gil (Hg.): *Out of the Mainstream. Water Rights, Politics and Identity*. London.
- Budds, Jessica, & Leonith Hinojosa (2012): „Restructuring and Rescaling Water Governance in Mining Contexts. The Co-Production of Waterscapes in Peru“. In: *Water Alternatives*, Bd. 5, Nr. 1, S. 119–137.

- Bury, Jeffrey (2004): „Livelihoods in Transition. Transnational Gold Mining Operations and Local Change in Cajamarca, Peru“. In: *The Geographical Journal*, Bd. 170, Nr. 1, S. 78-91.
- Bury, Jeffrey (2005): „Mining Mountains. Neoliberalism, Land Tenure, Livelihoods and the New Peruvian Mining Industry in Cajamarca“. In: *Environment and Planning A*, Bd. 37, Nr. 2, S. 221-239.
- Cartagena Cruz, Rafael Ernesto (2009): *Metabolismo socio-natural y conflictos ambientales en Costa Rica y El Salvador, 1992-2007*. Doctoral Thesis, Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales. San José, Costa Rica.
- Castree, Noel (2007): *Neoliberal Environments. A Framework for Analysis*. Working Paper 04/07 Manchester Papers in Political Economy. Centre for the Study of Political Economy, University of Manchester, Manchester.
- Damonte Valencia, Gerardo (2007): „Minería y política. la recreación de luchas campesinas en dos comunidades andinas“. In: Bebbington 2007, S. 117-162.
- de Echave, José (2008): *Diez años de la minería en el Perú*. Lima.
- de Echave, José; Alejandro Diez; Ludwig Huber; Bruno Revesz; Xavier Ricard & Martín Tanaka (2009): *Minería y Conflicto Social*. Lima.
- de Echave, José, & Victor Torres (2005): *Hacia una estimación de los efectos de la actividad minera en los índices de pobreza en el Perú*. Lima.
- Escobar, Arturo (2008): *Territories of Difference. Place, Movements, Life, Redes*. Durham, NC.
- Escobar, Arturo (2010): „Latin America at a Crossroads. Alternative Modernizations, Postliberalism, or Postdevelopment?“ In: *Cultural Studies*, Bd. 24, Nr. 1, S. 1-65.
- Finer, Matt; Clinton N. Jenkins; Stuart L. Pimm; Brian Keane & Carl Ross (2008): „Oil and Gas Projects in the Western Amazon. Threats to Wilderness, Biodiversity, and Indigenous Peoples“. In: *PLoS ONE*, Bd. 3, Nr. 8, <http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0002932>, letzter Aufruf: 8. 10. 2013.
- Garibay, Claudio; Andrew Boni; Francesco Panico; Pedro Urquijo & Dan Klooster (2011): „Unequal Partners, Unequal Exchange. Goldcorp, the Mexican State, and Campesino Dispossession at the Peñasquito Goldmine“. In: *Journal of Latin American Geography*, Bd. 10, Nr. 2, S. 153-176.
- Haarstad, Håvard (2012) (Hg.): *New Political Spaces in Latin American Natural Resource Governance*. Oxford.
- Haarstad, Håvard, & Arnt Fløysand (2007): „Globalization and the Power of Rescaled Narratives. A Case of Opposition to Mining in Tambogrande, Peru“. In: *Political Geography*, Bd. 26, Nr. 3, S. 289-308.
- Himley, Matthew (2013): „Regularizing Extraction in Andean Peru. Mining and Social Mobilization in an Age of Corporate Social Responsibility“. In: *Antipode*, Bd. 45, Nr. 2, S. 394-416.
- Hilson, Gavin (2009): „Small-scale Mining, Poverty and Economic Development in Sub-Saharan Africa. An Overview“. In: *Resources Policy*, Bd. 34, Nr. 1-2, S. 1-5.
- Hilson, Gavin (2010): „‘Once a Miner, Always a Miner’. Poverty and Livelihood Diversification in Akwatia, Ghana“. In: *Journal of Rural Studies*, Bd. 26, Nr. 3, S. 296-307.
- Hindery, Derrick (2004): „Social and Environmental Impacts of World Bank/IMF-Funded Economic Restructuring in Bolivia. An Analysis of Enron and Shell’s Hydrocarbons Projects“. In: *Singapore Journal of Tropical Geography*, Bd. 25, Nr. 3, S. 281-303.
- Horowitz, Leah S. (2010): „‘Twenty Years is Yesterday’. Science, Multinational Mining, and the Political Ecology of Trust in New Caledonia“. In: *Geoforum*, Bd. 41, Nr. 4, S. 617-626.
- Huber, Matthew T. (2009): „Energizing Historical Materialism. Fossil Fuels, Space and the Capitalist Mode of Production“. In: *Geoforum*, Bd. 40, Nr. 1, S. 105-115.
- Humphreys Bebbington, Denise, & Anthony Bebbington (2010): „Extraction, Territory and Inequalities. Gas in the Bolivian Chaco“. In: *Canadian Journal of Development Studies*, Bd. 30, Nr. 1-2, S. 259-280.

- Kaup, Brent Z. (2008): „Negotiating through Nature. Resistant Materiality and the Materiality of Resistance in Bolivia's Natural Gas Sector“. In: *Geoforum*, Bd. 39, Nr. 5, S. 1734-1742.
- Kaup, Brent Z. (2010): „A Neoliberal Nationalization. The Constraints on Natural Gas Led Development in Bolivia“. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 37, Nr. 3, S. 123-138.
- Lardé, Jeannette; Eduardo Chaparro & Cristian Parra (2008): *El aporte del sector minero al desarrollo humano en Chile: el caso de la región de Antofagasta*. Serie Recursos Naturales e Infraestructura No. 130. Santiago, Chile.
- Li, Fabiana (2009): „Documenting Accountability. Environmental Impact Assessment in a Peruvian Mining Project“. In: *Political and Legal Anthropology Review*, Bd. 32, Nr. 2, S. 218-236.
- Long, Norman, & Ann Long (1992): *Battlefields of Knowledge. The Interlocking of Theory and Practice in Social Research and Development*. London.
- Maconachie, Roy (2011): „Re-agrarianizing Livelihoods in Post-Conflict Sierra Leone? Mineral Wealth and Rural Change in Artisanal and Small-Scale Mining Communities“. In: *Journal of International Development*, Bd. 23, Nr. 8, S. 1054-1067.
- Maconachie, Roy, & Gavin Hilson (2011): „Artisanal Gold Mining. A New Frontier in Post-Conflict Sierra Leone?“. In: *Journal of Development Studies*, Bd. 47, Nr. 4, S. 595-616.
- Mannion, Antoinette M. (2006): *Carbon and its Domestication*. Dordrecht.
- McCarthy, James (2007): „States of Nature. Theorizing the State in Environmental Governance“. In: *Review of International Political Economy*, Bd. 14, Nr. 1, S. 176-194.
- McCusker, Brent, & Daniel Weiner (2003): „GIS Representations of Nature, Political Ecology, and Land Use and Land Cover Change in South Africa“. In: Zimmerer, Karl S., & Thomas J. Bassett (Hg.): *Political Ecology. An Integrative Approach to Geography and Environment-Development Studies*. New York, NY, S. 201-218.
- Moore, Jennifer, & Teresa Velásquez (2012): „Sovereignty Negotiated. Anti-Mining Movements, the State and Multinational Mining Companies Under Correa's '21st Century Socialism'“. In: Bebbington 2012, S. 112-133.
- Moore, Jennifer, & Teresa Velásquez (2013): „Water for Gold. Confronting State and Corporate Mining Discourses in Azuay, Ecuador“. In: Bebbington & Bury 2013, S. 119-148.
- NSI – The North-South Institute (2011): *A House Undermined. Transforming Relations between Mining Companies and Indigenous Peoples in the Americas*. Ottawa.
- Pegram, Thomas (2008): „Accountability in Hostile Times. the Case of the Peruvian Human Rights Ombudsman“. In: *Journal of Latin American Studies*, Bd. 40, Nr. 1, S. 51-82.
- Perreault, Thomas (2008): *Natural Gas, Indigenous Mobilization and the Bolivian State*. United Nations Research Institute for Social Development, Genf.
- Perreault, Thomas (2013): „Nature and Nation. Hydrocarbons, Governance, and the Territorial Logics of 'Resource Nationalism' in Bolivia“. In: Bebbington & Bury 2013, S. 67-90.
- Rocheleau, Dianne, & Robin Roth (2007): „Rooted Networks, Relational Webs and Powers of Connection. Rethinking Human and Political Ecologies“. In: *Geoforum*, Bd. 38, Nr. 3, S. 433-437.
- Rudas, Guillermo (2011): *Contexto del Sistema Nacional Ambiental y la minería. Uso del suelo, recursos tributarios y capacidad de regulación*. Taller sobre Minería y Proyectos Extractivos. Sus Impactos en Territorios Étnicos Bogotá, 2.-4. 8. 2011
- Scurrah, Martin (2008) (Hg.): *Defendiendo derechos y promoviendo cambios. El estado, las empresas extractivas y las comunidades locales en el Perú*. Lima.
- Sibaud, Philippe (2012): *Opening Pandora's Box. The New Wave of Land Grabbing by the Extractive Industries And The Devastating Impact on Earth*. London
- Starn, Orin (1991): „Missing the Revolution. Anthropologists and the War in Peru“. In: *Cultural Anthropology*, Bd. 6, Nr. 1, S. 63-91.

- Svampa, Maristella, & Mirta A. Antonelli (2009) (Hg.): *Minería transnacional, narrativas del desarrollo y resistencias sociales*. Buenos Aires.
- Szablowski, David (2002): „Mining, Displacement and the World Bank. A Case Analysis of Compania Minera Antamina's Operations in Peru“. In: *Journal of Business Ethics*, Bd. 39, Nr. 3, S. 247-273.
- Szablowski, David (2007): *Transnational Law and Local Struggles. Mining Communities and the World Bank*. Hart Publishing, Portland, OR.
- Tschakert, Petra (2009): „Digging Deep for Justice. A Radical Re-imagination of the Artisanal Gold Mining Sector in Ghana“. In: *Antipode*, Bd. 41, Nr. 4, S. 706-740.
- Valdivia, Gabriela (2008): „Governing Relations between People and Things. Citizenship, Territory, and the Political Economy of Petroleum in Ecuador“. In: *Political Geography*, Bd. 27, Nr. 4, S. 456-477.
- Warnaars, Ximena S. (2013): „Territorial Transformations in El Pangui, Ecuador. Understanding how Mining Conflict Affects Territorial Dynamics, Social Mobilization, and Daily Life“. In: Bebbington & Bury 2013, S. 149-172.
- Watts, Michael (2004): „Antinomies of Community. Some Thoughts on Geography, Resources and Empire“. In: *Transactions of the Institute of British Geographers*, Bd. 29, Nr. 2, S. 195-216.
- Watts, Michael, & James McCarthy (1997): „Nature as Artifice, Nature as Artifact. Development, Environment and Modernity in the Late Twentieth Century“. In: Lee, Roger, & Jane Wills (Hg): *Geographies of Economies*. London, S. 71-86.
- Zalik, Anna (2009): „Zones of Exclusion. Offshore Extraction, the Contestation of Space and Physical Displacement in the Nigerian Delta and the Mexican Gulf“. In: *Antipode*, Bd. 41, Nr. 3, S. 557-582.
- Zarsky, Lyuba, & Leonardo Stanley (2011): *Searching for Gold in the Highlands of Guatemala. Economic Benefits and Environmental Risks of the Marlin Mine*. Medford, MA.

Anschrift des Autors:

Anthony Bebbington

abebbington@clarku.edu